



Samtgemeinde Fintel
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 36-

13. Ratsperiode 2021-2026
Lauenbrück, den 12.09.2023

Niederschrift über die 5. Sitzung **des Klimaausschusses am 11.09.2023** im
Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.

Beginn: 19:01 Uhr
Ende: 20:46 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Claus Aselmann

Ratsmitglieder

Frau Tanja Bladauski

Herr Tobias Koch (für Frau Sabrina Zimmer)

Herr Hannes Lohmann

Herr Merten Lüdemann

Herr Helmut Oetjen

Herr Jürgen Rademacher

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Beratende Mitglieder

Herr Axel Matthies

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Sebastian Peters (für Herrn Matthias Röhrs)

Von der Verwaltung

Frau Henrike Hoppe

Herr Stefan Raatz

Herr Matthias Weiss

Protokollführerin

Frau Svetlana Claassen

Abwesend:

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Beratende Mitglieder

Herr Ingo Norrenbrock

Herr Cord-Heinrich Renken

Herr Volker Witt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Klimaausschusses am 11.05.2023**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Beschluss Klimaschutzkonzept
Vorlage: 072/2023**
- 5 **Sachstandsbericht zu Freiflächen- Photovoltaik, Windkraft und kommunaler Wärmeplanung**
- 6 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 7 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 8 **Einwohnerfragestunde**

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Aselmann eröffnet die Sitzung um 19:01 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

Weiterhin erklärt er, dass für stv. beratendes Mitglied Peters noch keine Pflichtenbelehrung erfolgt ist. Ausschussvorsitzender Aselmann nimmt diese vor. Die Pflichtenbelehrung und die Verpflichtung werden durch Handschlag und Unterschrift bestätigt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Klimaausschusses am 11.05.2023

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 11.05.2023 gab es einen Änderungswunsch von Ausschussmitglied Bladauski. Ausschussvorsitzender Aselmann verliest den original verfassten Absatz und die Änderung, die bereits mit Ausschussmitglied Bladauski abgestimmt wurde.

Ausschussvorsitzender Aselmann lässt über das veränderte Protokoll abstimmen.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Änderung des Protokolls ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Niederschrift über die Sitzung am 11.05.2023 wird einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	4
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	3

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der anwesenden Zuhörer gestellt.

TOP 4: Beschluss Klimaschutzkonzept Vorlage: 072/2023

Ausschussvorsitzender Aselmann übergibt für diesen Tagesordnungspunkt zunächst an die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung.

AV Hoppe erinnert einleitend an die Interfraktionelle Sitzung vom 24.08.2023, in der das Klimaschutzkonzept erstmalig vorgestellt wurde. Das Konzept wurde in den letzten 1,5 Jahren erstellt. Aufgrund des Stellenwechsels vom ehemaligen Klimaschutz-

manager Meyer auf den aktuellen Klimaschutzmanager Weiß habe die Verwaltung eine um drei Monate verlängerte Frist zur Erstellung des Konzeptes erwirken können. Nun müsse das Konzept im September fertiggestellt und beschlossen werden. Im Oktober müsse das Konzept dann schlussendlich beim Fördermittelgeber eingereicht werden.

Klimaschutzmanager Weiß beschreibt anhand des vorliegenden Entwurfes des integrierten Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzeptes der Samtgemeinde Fintel Inhalt und Struktur des Konzeptes und erklärt, dass dieses im Großen auch die Arbeitsweise beschreibe, die zukünftig von Verwaltung und Politik angewandt werden solle. Separat dazu wurde der Maßnahmenkatalog mit konkreten Ideen und Maßnahmen erstellt.

Ausschussmitglied Lüdemann erkundigt sich, wer zukünftig für die Variantenanalysen verantwortlich sei. Laut Klimaschutzmanager Weiß werden diese durch die Verwaltung erstellt. AV Hoppe ergänzt, dass jeder Schritt einer einzelnen Maßnahme von den politischen Vertretern beraten werden müsse und daher müsse die Variantenanalyse, genauso wie bei bisher durchgeführten Projekten auch, von der Verwaltung vorbereitet werden.

Ausschussmitglied Lüdemann möchte weiterhin wissen, ob diese Aufgabe mit den einzelnen Fachdiensten besprochen wurde und ob diese überhaupt genügend Kapazitäten hierfür hätten. AV Hoppe betont, dass dies keine Veränderung zur momentan geltenden Arbeitsweise sei. Die Variantenanalyse werde in den schon geltenden Verwaltungsablauf integriert.

Auch die Frage, ob die „Checkliste Klimaschutz“ zusätzlichen Mehraufwand bedeute interessiert Ausschussmitglied Lüdemann. Klimaschutzmanager Weiß verneint dies.

Ausschussmitglied Schnellrieder ergänzt, dass die Variantenanalyse auch aktuell schon eine gesetzliche Anforderung sei. Diese hänge weniger mit dem Klimaschutz als mit der Haushaltslage zusammen. Ausschussmitglied Lüdemann möchte zu diesem Punkt abschließend betonen, dass es ihm darum gehe, dass die Arbeitsweise nicht noch mehr Aufwand für das bestehende Personal bedeute.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Klimaschutzmanager Weiß das integrierte Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzept vor. Er erklärt die Forderungen des Gesetzgebers, sowie der Gemeinden und Bürger, welche gesetzlichen Vorgaben gelten und erklärt die Punkte Nachhaltigkeitsbestimmungen, Beschaffung und Erfolgskontrollen. Zu den Zielen erklärt er, dass sich hier auf die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele berufen werde.

Ausschussmitglied Lüdemann äußert Bedenken zum Vorgehen, bei jeder kleinsten Beschaffung auf Nachhaltigkeit zu prüfen. Er vermutet, dass dann auch nicht mehr auf die Kosten geschaut werde.

Klimaschutzmanager Weiß erklärt weiterhin, wie die Samtgemeindeverwaltung sich Projektplanungen vorstelle und welche einzelnen Punkte zukünftig bei jeder Maßnahme bedacht werden müssten, von der Variantenanalyse über die Konzeptentwicklung und Projektentwicklung bis hin zur Projektumsetzung.

Weiterhin erläutert KSM Weiß, dass auch die Homepage der Samtgemeinde dementsprechend verändert und laufend aktualisiert werden solle.

Das Umsetzungskonzept beinhalte hingegen den Projekt- und Maßnahmenkatalog. Die Ausgangssituation hierfür liefere die Energie- und Treibhausgasbilanz, welche die Firma Energielenker erstellt habe.

Bürgerbeteiligungen seien zudem ein Pflichtelement, welches ein Klimaschutzkonzept beinhalten müsse. Hier konnte die Samtgemeinde Fintel durch die Ideenkarte und die darauffolgende Informationsveranstaltung sowohl die Bürgerinnen und Bürger, als auch die ansässigen Unternehmen beteiligen.

Ausschussmitglied Lüdemann stellt fest, dass nicht alle Vorschläge der Ideenkarte ohne Weiteres durch die Samtgemeindeverwaltung umgesetzt werden könnten. Als Beispiel nennt er an dieser Stelle die Wiedervernässung der Moore. FD- Leiter Raatz erläutert, dass die Antwort hierzu bereits versucht wurde, zu erklären. Die Politik müsse vorgeben, welche Maßnahmen und Ideen sie sich für eine Umsetzung vorstellen könne und dann werde die Verwaltung anfangen zu prüfen und den entsprechenden Projektsteckbrief zu füllen und mit allen Beteiligten in Diskussion treten.

Klimaschutzmanager Weiß erklärt weiterhin, wie der Maßnahmenkatalog aufgebaut ist und das aktuell 28 Ideen und Projekte aufgenommen wurden. Wichtig sei, die zusätzlich aufgenommene Spalte, ob es sich um eine gesetzlich vorgegebene Leistung handle. Diese Tabelle solle dann zukünftig auf der Homepage der Samtgemeinde verankert werden, damit alle Beteiligten und Interessierten den aktuellen Stand aller Projekte einsehen können.

Ausschussmitglied Rademacher erkundigt sich, ob die jeweiligen Fördermöglichkeiten dann erst bei der Bearbeitung des jeweiligen Projektes bekannt gegeben werden. Klimaschutzmanager Weiß erklärt, dass er die Förderkulisse einiger Maßnahmen bereits nennen könnte. Da jedoch aktuell nicht klar sei, wann welche Maßnahme umgesetzt werde, würden sich diese eventuell auch noch ändern. Wenn ein Projekt erst in zwei oder drei Jahren umgesetzt werde, sei die aktuelle Fördermöglichkeit irrelevant.

AV Hoppe ergänzt, dass die Einführung der Prioritäten in Beschlussvorlagen nicht neu sei. Auch aktuell werde schon mit Prioritäten gearbeitet, diese Vorgehensweise wurde auch dem Samtgemeindeausschuss und der Bürgermeister- Runde vorgestellt. Hierdurch werde eine strukturiertere und ressourcenorientierte Arbeitsweise erreicht.

Ausschussmitglied Oetjen erkundigt sich, ob alle 28 Maßnahmen gemeinsam mit dem Klimaschutzkonzept eingereicht werden. Klimaschutzmanager Weiß beantwortet diese Nachfrage positiv und erklärt ergänzend, dass die Maßnahmen eingereicht werden müssten, dies sei nicht optional möglich.

Ausschussmitglied Schnellrieder möchte verdeutlicht wissen, dass die Einreichung aller Maßnahmen an den Fördergeber nicht bedeute, dass all diese Maßnahmen auch umgesetzt werden. Auch dies ist laut Klimaschutzmanager Weiß korrekt. Es handle sich um einen ersten Aufschlag und der Maßnahmenkatalog sei dynamisch anpassbar. AV Hoppe ergänzt, dass jede einzelne Maßnahme der Politik vorgestellt und von dieser diskutiert und entschieden werde.

Beratendes Mitglied Matthies prognostiziert aufgrund allgegenwärtig schlechter Haushaltslagen größere Veränderungen bei Förderungen, daher müsse hier noch nicht so detailliert diskutiert werden. Ausschussmitglied Oetjen hält diese Diskussio-

nen dagegen für absolut unumgänglich, verweist an dieser Stelle aber auf die später zu diskutierende Beschlussvorlage.

Klimaschutzmanager Weiß wechselt zu einer vorbereiteten Powerpoint- Präsentation und erklärt, dass in der interfraktionellen Sitzung besprochen wurde, dass alle Änderungswünsche zum Konzept an die Fraktionsvorsitzenden geschickt werden sollten. Er berichtet, dass alle eingegangenen Änderungen in einer Tabelle aufgearbeitet und kommentiert wurden. Gerne könnten nun einige Kritikpunkte diskutiert werden. Zudem werde diese Tabelle am kommenden Mittwoch (13.09.2023) mit den Fraktionsvorsitzenden abschließend diskutiert. AV Hoppe ergänzt, dass die finale Entscheidung, welche Passagen gestrichen, welche Änderungen vorgenommen werden von den Fraktionsvorsitzenden getroffen würden.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ausschussmitglied Lüdemann verliest folgenden Absatz aus Punkt 3.1.1 des Klimaschutzkonzeptes „Klimaneutralität bedeutet, dass durch Handlungen und Prozesse kein zusätzliches klimaschädliches CO₂ freigesetzt wird. Sollte die Freisetzung von Kohlendioxid nicht vermieden werden können, muss diese kompensiert werden. Beispielsweise durch Aufforstungsprogramme oder durch Investitionen in regenerative Energiequellen.“

Er stellt zur Diskussion, ob Ausgleichsmaßnahmen aus den Steuergeldern finanziert werden sollen, sollte zu wenig CO₂ eingespart werden. Klimaschutzmanager Weiß erklärt, dass zunächst versucht werden müsse so viel CO₂ wie möglich einzusparen, dieser Aussage stimmt Ausschussmitglied Lüdemann zu. Klimaschutzmanager Weiß führt weiterhin aus, dass ansonsten über Ausgleichsmaßnahmen nachgedacht werden müsse.

Ausschussmitglied Lüdemann betont vehement, dass er dieses Vorgehen so nicht unterstützen könne. Es seien in jüngster Vergangenheit erst Steuern erhöht worden. Er könne das Konzept nicht beschließen unter der Prämisse, dass die Gemeinden zahlen müssten, sollte die Samtgemeinde ihre selbst gesetzten Auflagen nicht einhalten.

Laut Ausschussmitglied Oetjen solle über den Klimaschutz beraten werden und nicht über Nachhaltigkeit. Der ursprünglich gefasste Beschluss aus dem Jahr 2019 müsse geprüft, neu diskutiert und sich darauf konzentriert werden. Es solle lediglich abgegeben werden, was auch vom Fördermittelgeber verlangt werde.

Ausschussmitglied Schnellrieder hält dies für eine Grundsatzdiskussion und würde diese von der aktuellen Diskussion der Änderungen trennen. Dem Änderungswunsch von Ausschussmitglied Lüdemann stehe er positiv gegenüber. Diese Passage könne durchaus entschärft werden.

Ausschussmitglied Oetjen verliest die Voraussetzungen, die der Fördermittelgeber vorgibt. Er betont, dass die Umsetzung der Maßnahmen nicht mehr in der Hand der Samtgemeinde liegen werde, sollte der Fördermittelgeber die Maßnahmen anerkennen. All diese Aspekte müssten detailliert aufgeschlüsselt und zur nächsten Ratssitzung erklärt werden. Von Bürokratieabbau könne aktuell bei diesem Vorgehen keine Rede mehr sein.

Ausschussmitglied Schnellrieder stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Ausschussmitglied Oetjen solle einen offiziellen Antrag zu diesem Sachverhalt stellen.

Ausschussmitglied Oetjen erklärt weiterhin, dass die Aufgabe des Klimaschutzes nicht von den Mitgliedsgemeinden auf die Samtgemeinde übertragen wurde, daher müssten dem Konzept auch alle Gemeinderäte explizit zustimmen.

AV Hoppe erwidert, dass zum einen die Samtgemeinde nicht ohne die Mitgliedsgemeinden zu denken ist. Zum anderen müssen alle Maßnahmen politisch beschlossen werden. Sollte es Maßnahmen geben, die lediglich einzelne Mitgliedsgemeinden betreffen, werden diese auch dort besprochen. Hier stelle sich nun akut die Frage, ob der Beschluss so dem Rat vorgelegt werden solle oder nicht.

Ausschussmitglied Lüdemann bittet darum, mit einer Antragstellung zu warten bis der Beschlussvorschlag diskutiert werde.

Klimaschutzmanager Weiß fährt mit dem anvisierten Terminplan fort. Ausschussmitglied Oetjen kritisiert, dass die Ratsmitglieder die finale Version des Konzeptes zur Ratssitzung am 28.09.2023 dann noch gar nicht kennen würden. Klimaschutzmanager Weiß informiert, dass die Endfassung mit der Einladung versandt werde.

Beratendes Mitglied Matthies betont, dass ein Konzept abgegeben werden müsse, wolle man die Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Er habe das Gefühl, dass alle den Klimaschutz wollten, aber nicht hier und nicht jetzt.

Ausschussvorsitzender Aselmann verliest den Beschlussvorschlag und die Ausschussmitglieder diskutieren mögliche Änderungen.

Ausschussmitglied Oetjen ist der Auffassung, dass das Thema Nachhaltigkeit nicht Teil des Beschlusses aus dem Jahr 2019 ist. Weiterhin seien die Ansprüche des Fördermittelgebers nicht enthalten. Über den zweiten Beschlusspunkt müsse an dieser Stelle noch gar nicht abgestimmt werden, da es sich auf die Konzeptfortsetzung beziehe. Weiterhin fehlten ihm in der Vorlage die Höhe der Fördermittel.

Ausschussvorsitzender Aselmann möchte über beide Beschlusspunkte getrennt abstimmen lassen. Weitere Änderungen werden durch die Ausschussmitglieder diskutiert.

AV Hoppe formuliert nach einigen Änderungswünschen einen neuen Beschlussvorschlag zum Beschlusspunkt 1:

Der Klimaausschuss empfiehlt, dem Rat der Samtgemeinde Fintel unter Berücksichtigung der eingegangenen Änderungswünsche, das durch das Einarbeitungsteam erarbeitete integrierte Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzept als wichtigen Bestandteil zum kommunalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutz zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung vorzubereiten.

Ausschussmitglied Schnellrieder merkt zum zweiten Punkt des Beschlusses an, dass es durchaus ausreiche vom Aufbau eines Controllingssystemes zu beraten und das Wort „Klimaschutz“ zu streichen, da der Finanzbereich aktuell eh an einem vollumfänglichen Berichtswesen arbeite.

Ausschussmitglied Koch äußert seine Meinung. Er könne diesen Beschlüssen heute nicht zustimmen, da es aktuell noch zu viele Unklarheiten gebe. Er sei aber davon überzeugt diese Unklarheiten zeitnah lösen zu können.

Ausschussmitglied Oetjen stellt den Antrag Beschlusspunkt 1 dahingehend zu verändern, als das das Wort „Nachhaltigkeit“ komplett entfernt werde und Beschlusspunkt 2 zurückgestellt werde. Zudem solle unter Beschlusspunkt 2 die Formulierung „der Klimaausschuss ist im Voraus zu beteiligen“ hinzuzunehmen. Dieser Antrag wird mit 2 Gegenstimmen und vier Enthaltungen abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Aselmann lässt im Anschluss über die veränderten Beschlusspunkte abstimmen.

Der Klimaausschuss empfiehlt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen, dem Rat der Samtgemeinde Fintel unter Berücksichtigung der eingegangenen Änderungswünsche, dass durch das Einarbeitungsteam erarbeitete integrierte Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzept als wichtigen Bestandteil zum kommunalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutz zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt die Umsetzung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	3
Nein- Stimmen	1
Enthaltungen	3

Der Klimaausschuss lehnt mehrheitlich bei 2 Ja- Stimmen und 2 Enthaltungen ab,

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Konzepts einschließlich des Aufbaus eines Klimaschutz-Controllingsystems beauftragt. Der Klimaausschuss ist regelmäßig zu informieren.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	2
Nein- Stimmen	3
Enthaltungen	2

TOP 5: Sachstandsbericht zu Freiflächen- Photovoltaik, Windkraft und kommunaler Wärmeplanung

Ausschussvorsitzender Aselmann übergibt für diesen Tagesordnungspunkt an FD-Leiter Raatz. Dieser erklärt, dass in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 20.09.2023 auch noch ein ausführlicherer Sachstand zu diesem Thema gegeben werde. Im Mai dieses Jahres gab es einen ersten Entwurf zu den potentiellen Flächen für die Freiflächen PV- Anlagen. Anhand einer Karte erläutert er, dass es sich bei allen Flächen in grüner Farbe um mögliche Flächen für PV- Anlagen handele. Seit des ersten Entwurfes aus dem Monat Mai gebe es keine großen Flächen bis auf die nun zusätzlich eingezeichneten Flächen für Windkraftanlagen.

Wichtig zu wissen sei, dass Flächen zuerst mit Windkraftanlagen ausgestattet werden können und dann mit PV, andersherum aber nicht. Es gebe lediglich nur zwei Flächen, wo Wind und Solar kollidieren würden. Aktuell werde dieser Entwurf in den einzelnen Gemeinderäten diskutiert und die Verwaltung erwarte entsprechende Rückmeldungen.

Ausschussmitglied Lohmann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Tiefflugschneise. FD- Leiter Raatz erklärt daraufhin, dass es zwar eine Karte gebe, diese aber noch nicht für die Öffentlichkeit freigegeben worden sei. Aktuell könne er noch keine konkreten Aussagen treffen. Ausschussmitglied Rademacher ist der Meinung, dass der Landkreis schnell handeln müsse, da ansonsten in dem ca. 2km breiten Korridor keine Windräder errichtet würden. Auch die Bundeswehr müsse sich hierzu äußern. FD- Leiter Raatz weiß zu berichten, dass die Bundeswehr zumindest schon an behördliche Stellen weitergegeben habe, dass sie diesem Korridor für Tiefflüge nutze.

Ausschussmitglied Rademacher erkundigt sich weiterhin, welchen Effekt es haben kann, wenn sich Betreiber von Freiflächen- PV- Anlagen bei den Flächenbesitzern melden würden, obwohl es sich bei expliziten Flächen um keine Vorrangflächen handele.

Anhand der vorliegenden Karte erläutert FD- Leiter Raatz, dass lediglich die rot eingezeichneten Flächen komplett ausgeschlossen werden können. Auch auf den gelb markierten Flächen könnten, bei guter Argumentation, PV- Anlagen errichtet werden. Diese sind aktuell lediglich als Vorrangflächen für die Landwirtschaft ausgewiesen, bspw. aufgrund von guten Bodenwerten. Hier gelte der Apell auch noch einmal den Gemeinden. Diese müssen abwägen wo bspw. auch Flächen zusammengelegt werden sollen.

Klimaschutzmanager Weiß gibt im weiterhin Informationen zur kommunalen Wärmeplanung. Die aktuelle Pflicht einer Einrichtung eines kommunalen Wärmenetzes gelte momentan für Mittel- und Oberzentren und betreffe in Niedersachsen 95 Kommunen. Ein aktueller Gesetzentwurf sieht die Einrichtung auch für kleine Kommunen bis 10.000 Einwohner vor. Genauere Infos liegen derzeit aber nicht vor. Die Kosten für die Erstellung eines Wärmeplanes liegen für die Samtgemeinde aktuell schätzungsweise zwischen 50.000 bis 100.000 Euro, wobei aktuell noch Förderungen in Höhe von 90% vorgesehen sind für die Kommunen, die sich freiwillig „auf den Weg machen“.

Ausschussmitglied Oetjen erkundigt sich, welche Richtlinie die Förderung definiere. Klimaschutzmanager Weiß erklärt, dass es sich hierbei um die Kommunalrichtlinie handele. Genauere Informationen werden über das Protokoll verteilt.

FD- Leiter Raatz ergänzt, dass aktuell auch noch nicht klar definiert sei, ob es sich bei dieser Aufgabe um eine Aufgabe der Samtgemeinde oder der Mitgliedsgemeinden handele. Gegebenenfalls müsse dies auch politisch diskutiert werden.

TOP 6: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

AV Hoppe hat keine weiteren Mitteilungen.

TOP 7: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Es werden keine weiteren Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder gestellt.

TOP 8: Einwohnerfragestunde

a) Maßnahmenkatalog

Ein Einwohner erkundigt sich, ob die Komplexität der einzelnen Maßnahmen des Kataloges nicht mit als Kriterien in den Maßnahmenkatalog aufgenommen würden. Einige Ideen, bspw. auch aus der Ideenkarte, seien leicht und unkompliziert umzusetzen. Klimaschutzmanager Weiß erklärt, dass viele Maßnahmen die Gemeinden betreffen würden. Wenn Maßnahmen in die Umsetzung gingen müsse geschaut werden welche Kriterien betrachtet würden und erst wäre auch ersichtlich, wie komplex eine Aufgabe tatsächlich ist. AV Hoppe ergänzt, dass ausschließlich die Politik entscheide, welche Priorität einer Maßnahme zugewiesen werde.

b) Kommunale Wärmeplanung

Das als Zuschauer anwesenden RM Intelmann bekräftigt, dass das Thema kommunale Wärmeplanung ausschließlich in den Mitgliedsgemeinden bearbeitet werden könne und nicht von der Samtgemeinde.

c) Eröffnung des Waldgartens

Klimaschutzpate Ehlbeck möchte alle Anwesenden herzlich zur Eröffnung des Waldgartens in Lauenbrück am kommenden Sonntag, den 17.09.2023 von 14:00- 17:00 Uhr einladen.

Er erklärt, dass der Waldgarten im Jahr 2019 angelegt wurde, nachdem der Hitzesommer im vorangegangenen Jahr deutlich gemacht hat, dass es einer „Landnutzungsänderung“ bedarf. In den letzten Jahren habe man die Neuanpflanzungen wachsen lassen und möchte den essbaren Waldgarten nun für alle eröffnen.

Ausschussvorsitzender Aselmann bedankt sich abschließend bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, der Vertreterin der Presse und den zahlreich anwesenden Zuschauern. Er schließt die Sitzung um 20:39 Uhr.

gez. Claassen
Protokollführerin

gez. Hoppe
Allg. Vertreterin des SGB

gez. Aselmann
Ausschussvorsitzender